



Zwischen Reichstag und Kanzleramt

# Schreiben, um zu bleiben

FRANK HAUKE

**V**iel Post in einer Posse. Der Streit um die Frage, wem der zweitgrößte Fraktionssitzungssaal im Bundestag (JF 29/25) zusteht, beschäftigt mittlerweile das Bundesverfassungsgericht. Mittlerweile ging eine erkleckliche Zahl an Schreiben zwischen den gegnerischen Parteien hin und her, um schließlich im Karlsruher Postfach Nummer 1771 zu landen.

Erinnern wir uns: Nach der Bundestagswahl im Februar zog die AfD mit 151 Abgeordneten ins neu konstituierte Parlament ein. Ihre Fraktion ist damit deutlich größer als die der Sozialdemokraten, die 120 Parlamentarier umfaßt. Weil also die AfD aktuell die zweitgrößte Fraktion stellt, beansprucht sie für sich auch den zweitgrößten Sitzungssaal. Den aber möchte die SPD nicht hergeben, schließlich sitzen die Genossen dort schon seit dem Regierungsumzug 1999. Präsidium und Ältestenrat des Bundestages entschieden dann auf Basis dieses „das

war schon immer so“, daß die SPD bleiben darf. Der AfD wurde der Raum der aus dem Bundestag geflogenen FDP zugewiesen. Der ist jedoch nur für maximal 148 Abgeordnete ausgelegt.

Also klagte die AfD vor dem höchsten deutschen Gericht, weil sie ihr „verfassungsmäßiges Recht auf Gleichbehandlung“ verletzt sieht. Und die Fraktion führt noch ganz praktische Argumente ins Feld: Es mangle in dem kleinen Saal „an der hierfür erforderlichen Anzahl notwendiger Tischnitzplätze“. Außerdem sei der Brand- und Arbeitssättenschutz in diesem Sitzungssaal bei der Vielzahl der Abgeordneten nicht gewährleistet.

Doch das Bundestagspräsidium beharrt in seiner Erwiderung auf dem Vorrecht der kleineren Roten gegenüber den größeren Blauen. So sei die SPD „Regierungsfraktion“ und müsse auch hin und wieder Ministerialbeamte einladen. Dagegen könne die AfD ja die Parlamentarier, die in dem kleineren Saal keinen Platz finden, per Zoom-Konferenz zu den Fraktionssitzungen hinzuschalten. Das habe sich in der Corona-Zeit als alltagstauglich bewährt. Dies

weist der als Rechtsbeistand für die AfD engagierte Staatsrechtler Ulrich Vosgerau als „abwegig“ zurück. Selbst die „freiwillige Zuschaltung eines Fraktionsmitglieds per Video ist grundlegend verschieden und nicht vergleichbar mit einem Zwangsausschluß von Fraktionsmitgliedern von einer Teilnahme in Präsenz“, schreibt der Jurist in seiner Erwiderung an das Verfassungsgericht.

Vor allem, so Vosgerau, gebe es dafür keine Notwendigkeit. Denn: „Eine Zuweisung der Fraktionsäle entsprechend der Fraktionsgröße löst sämtliche Problemstellungen.“ Zumal für ihn unerfindlich bleibt, warum nicht umgekehrt die SPD-Fraktion auf die Möglichkeit verwiesen werde, Ministerialbeamte notfalls per Zoom zuzuschalten. Mittlerweile schickte der Anwalt der AfD die vierte Erwiderung nach Karlsruhe, nachdem sogar wertvolle Wandbilder und Saalmikrofone zugunsten der Sozialdemokraten herhalten mußten. Der verbissen geführte Kampf um die Quadratmeter geht also weiter. Weihnachtsfrieden oder ein versöhnliches Ende zum Jahreswechsel? Derzeit nicht in Sicht.

JF Nr. 52/25-1126  
19.126.12.25  
S.7